

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 29. Februar 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Baerlein & Vogler, G. E. Damm,
Smalldorff, Berlin, Bernh. Wundt, Marg. Gerthmann,
Eberfeld & Thienens, Greifswald G. Jülich, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg, Joh. Nordhoff, A. Steiner,
William Wittenberg, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
F. v. Gierke, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Schiffsbau.

Wenn man sich in England rühmt, daß
trotz des steigenden Wettbewerbes der deutschen
und nordamerikanischen Industrie der Schiffsbau
noch immer derjenige Industriezweig geblieben
sei, in welchem England bisher seine Uebermacht
fast in gleichem Maße wie früher behauptet habe,
indem immer noch trotz des Niederganges des
Schiffsbaues in den letzten Jahren 70 bis 80
Prozent des gesamten Tonnengehaltes neuer-
baute Schiffe der Erde in England vom Stapel-
gelaufen worden seien, so müssen wir allerdings
die Richtigkeit dieser für uns so bedeuten-
den Thatsache zugeben. Nach der Statistik
für 1894 betrug nämlich die Zahl der vom
Stapel gelaufenen Schiffe über 100 t Gehalt in
Großbritannien 645 Schiffe mit 1 079 479
Großtonnen, in Deutschland 62 Schiffe mit
109 776 Großtonnen, in anderen Ländern 283
Schiffe mit 244 304 Großtonnen. Im Ganzen
990 Schiffe mit 1 443 559 Großtonnen.

Wenn nun auch eine allmähliche Verringerung
dieser ungünstigen Schläge zu unseren Gunsten
durch die Zunahme des überseeischen Handels,
der seit dem Jahre 1882 einen Zuwachs von
mehr als einer Milliarde Mark zu verzeichnen
hat, ferner durch die immer mehr in Aufnahme
kommenden direkten Verschiffungen an Stelle der
bisherigen englischen Vermittlung, sowie durch
die hieraus folgende Ausdehnung der deutschen
Rhedereien und des deutschen Schiffsbaues zu
erwarten ist, so haben wir doch nicht nur ein
kommerzielles, sondern auch ein hervorragendes
nationales Interesse, die Konkurrenz des eng-
lischen Schiffsbaues möglichst zu bekämpfen. Der
deutsche Schiffsbau, insbesondere unsere Reichs-
marine steht, was die technischen Fortschritte be-
trifft, bereits in erster Reihe, und man kann
sich leicht vorstellen, daß eben so wie die Ueber-
legenheit der englischen Marine zur See an Be-
deutung sehr viel verloren hat, auch die Ueber-
legenheit des englischen Schiffsbaues in Bezug
auf die Güte der Ausführung als ein längst
überwundener Standpunkt anzusehen ist. Um so
bedauerlicher ist es, daß es uns trotz aller Fort-
schritte der Technik und trotz der Verwendung
besseren Materials, insbesondere zähen deutschen
Eisens und Stahls an Stelle des spröden und
deshalb gefährlicheren englischen Materials, bis-
her nicht gelungen ist, der englischen Konkurrenz
die Spitze zu bieten, sondern sie sogar noch da-
durch zu stärken, daß alljährlich eine große An-
zahl von Schiffen für deutsche Rechnung auf
englischen Werften gebaut worden. Wenn wir
die Erfolge berücksichtigen, die unsere Industrie
der englischen gegenüber in den letzten Jahren
bisher erzielt hat, dann glauben wir, daß
auch die Bekämpfung der englischen Konkurrenz
im Schiffsbau Aussicht auf Erfolg hat.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat sich daher ohne Zweifel ein großes
Verdienst dadurch erworben, daß er die Be-
setzung dieser hochwichtigen Frage in die Hand
nahm. Die mit den deutschen Schiffswerften
vereinbarten Vorschläge gehen im Wesentlichen
dahin, daß, abgesehen von dem zum Schutz der
nationalen Arbeit selbstverständlichen Verlangen:
für alle Schiffe der Reichsmarine, sowie für alle
zu staatlichen Transporten dienende Schiffe (Sub-
ventionsdampfer) nur deutsches Material zu ver-
wenden, die Eisenbahntarife für Schiffsbaumaterial
entweder herabgesetzt werden, oder die deutschen
Schiffsbaumaterialien bei jeder Lieferung
ihre Anträge an eine Zentralfabrik der
deutschen Werke richten. Es liegt auf der
Hand, daß die Konkurrenzsfähigkeit Deutschlands
und die Beschäftigung der englischen Schiff-
werften durch deutsche Arbeiter — im Jahre 1894
stand Deutschland oben — sowie die Verwen-
dung englischen Eisens und Stahls beim deut-
schen Schiffsbau vorzugsweise eine Eisenbahn-
tariffrage ist, und daß es daher schließlich in den
Händen des preussischen Eisenbahn- und Finanz-
ministers liegt, ob die deutschen Schiffswerften
in die Lage gesetzt werden können, die Ueber-
legenheit des englischen Schiffsbaues, die ja mehr
oder minder auch die maritime Stellung Eng-
lands beeinflusst, energisch zu bekämpfen. Nach-
dem jedoch das Staatsministerium beschlossen
hat, den Tarif für schiffliche Steinkohlen im
Verkehr nach Stettin so auf die Höhe des
Stettiner Kohlenausfuhrtarifs zu erniedrigen, um
dort und in dem Küstengebiet die einheimische
Steinkohlenindustrie wirksamer zu unterstützen
in ihrem Wettbewerbe mit der englischen Kohle,
scheint begründete Aussicht vorhanden zu sein,
daß die Staatsregierung auch die Hand bieten
wird, um in Bezug auf den Schiffbau den
Schutz der nationalen Arbeit gegenüber der
englischen Konkurrenz durch Tarifermäßigungen
der Schiffsbaumaterialien in wirksamer Weise
herbeizuführen. (Magd. Ztg.)

Deutschland.

Berlin, 29. Februar. Ueber das von der
Reichstags-Kommission beschlossene Verbot des
Terminhandels in Getreide wurde in der letzten
Sitzung der westpreussischen Landwirtschafts-
kammer beraten. Die „Danz. Ztg.“ berichtet
darüber:

„Herr Heller hatte beantragt, die Landwirth-
schaftskammer solle sich mit dem Verbot des
Terminhandels in Getreide befassen, die
Terminhandels in Getreide zu verbieten sei, ein-
verleihen erklären. Seinen Antrag begründete
Herr Heller damit, daß er fürchte, die Kom-
mission könne schließlich wieder umfallen, und es
sei deshalb wünschenswert, daß sie durch das
Votum der Landwirtschaftskammer gestützt
werde. Nachdem von mehreren Seiten (von
Fries und Steinmeyer) der Einwand gemacht
worden war, daß die wichtige Sache nicht über
das Ein gebrochen werden dürfe, führte Herr
v. Puttkamer aus: Der Gegenstand sei zu be-
deutend, daß man sofort dazu Stellung nehmen
könne. Es seien ja Auswüchse im Terminhan-
del vorgekommen, darüber sei man einig; dagegen
kann man leicht bei der Aufhebung des Termin-
handels berechnete Interessen treffen. Wenn die
Entscheidung über die Frage von seinem Votum
abhängt, so würde er den Terminhandel be-
stehen lassen, denn die Landwirthe können auf
diesem Gebiete so geschädigt werden, daß er
als Vertreter derselben nicht sofort Stellung
nehmen würde.“

Der Antrag wurde einstimmig dem Vorstande

zur Prüfung überwiesen — d. h. die Landwirth-
schaftskammer hüthe sich, ihm zuzustimmen.

— Herr von Dietz-Dobber veröffentlicht im
„Berl. Tag bl.“ eine Erklärung, in der er sagt:
1. Ob Herr Minister Frhr. v. Hammerstein
es abgelehnt hat, der Einladung zum Festmahl
zu folgen, falls ich dabei anwesend sei, ist mir
unbekannt. Unrichtig ist dagegen, daß ich auf
Ersuchen der Vereinsmitglieder dem Festmahl
ferngeblieben sei. Es ist keinerlei Ergehen in
dieser Richtung an mich gerichtet worden. Ich
war verhindert, an dem Festmahl theilzunehmen,
weil ich an diesem Tage anderweitig engagiert
war. Dies habe ich Herrn Professor Dr.
Maercker noch besonders geschrieben. 2. Daß
Herr Graf Posadowsky fortlage, als ich zum
Wort gelangte, ist richtig. Den Grund kenne ich
nicht und weiß auch nicht, ob es der angenehme
oder ein anderer Grund bei ihm war. Er hatte
mich aber bei meinem Ergehen im Saale
freundlich begrüßt, und am Tage darauf bin ich
in einer landwirthschaftlichen Angelegenheit mit
einer Deputation in seinem Hause freundlich von
ihm empfangen worden.

— In dem Etat für die Staatsober-
kassen 1896/97 für den Bau eines kaiser-
lichen Jagdschlosses bei Müggig eingestrichelt worden.
Die Kommission des Landesausschusses hatte
jedoch in geheimer Abstimmung abgelehnt. In
den Strassburger Regierungssitzungen scheint man
hierüber recht sehr verstimmt zu sein. In
einer Strassburger Zuschrift der „N. A. Ztg.“
heißt es:

„Die 28 Mitglieder, welche die Mehrheit
bilden und solchen Beschluß herbeiführen,
dürften sich nicht den Dank des Landes erworben
haben. Eigentlich hätte man nach alledem, was
der Kaiser für das Reichthum, das er bei jedem
Anlaß mit Bezeugungen seiner Sympathie und
Liebe überhäuft, gethan hat, ein derartiges, zum
wenigsten doch taftloses Gebahren kaum für
möglich halten sollen. Aber freilich, die kaiserliche
Presse hat gemeinsam mit ihren unantastbaren
Verbündeten, den Demokraten, dafür gesorgt, die
Gemeinheit in Aufregung zu setzen. Sogar der
Stand der Finanzen mußte als Ablehnungsgrund
herhalten — angesichts eines finanziellen Ueber-
schusses von 2 000 000 Mark, mit dem bekannt-
lich der diesjährige Etat abschließt. Ist es nun
nicht geradezu skandalös, daß sich die
Mehrheit des Landesausschusses diesem Druck
gefugig gezeigt hat? Und was ist damit er-
reicht? Sollte dadurch vielleicht die so vielfach
begehrte Abschaffung der Ausnahmegeetze, von
Allen des Diktaturparagrafen, beschleunigt
werden? Schwerlich. So die Fragen dürfen sich
wohl auch die Veröberung vorlegen, und die Ge-
fühle für die Herren vom Landesausschusse, die
sich so weit vergessen konnten, werden kaum sehr
freundlich sein.“

— Die „Kreuzztg.“ sucht die Thatsache der
in Frankfurt a. M. erfolgten Trennung der
Christlich-Sozialen von den konservativen zu be-
zeichnen: die ersteren seien schon bis dahin eine
„selbstständige, eigenartige Partei“ gewesen, und
sie ließen es. Die Sache verhält sich indes so,
daß die Christlich-Sozialen bisher allerdings eine
eigenartige Partei, und dies auch insofern waren,
als sie eine Partei ausmachten und doch sich zu-
gleich für eine Gruppe innerhalb der konser-
vativen Partei erklärten; demgemäß gehörte ihr
Führer, Herr Stöcker, zugleich der Parteileitung
der konservativen an. Dieses Doppelverhältnis
hat jetzt aufgehört; die „eigenartige“ christlich-
soziale Partei ist erst jetzt auch eine selbststän-
dige geworden, indem sie sich von der konser-
vativen Partei getrennt, darauf verzichtet hat,
fernerhin eine Gruppe innerhalb dieser zu sein.

— Der zum Landesdirektor der Provinz
Brandenburg gewählte Abg. v. Mantewitz hat
sich dem Vernehmen der „Freis. Ztg.“ nach vor
seiner Wahl die Zustimmung gegeben, daß er
nach Ablauf der Wahlperiode ein Reichstags-
mandat nicht wieder annehmen werde.

— Durch die neue Gesetzgebung ist den
größeren Städten ein fog. Auerbach nach der
Kopfabzahl auferlegt worden, daß sie an die
Staatsbehörde als Polizeigeld zu zahlen haben.
Berlin ist mit 2 Mark 50 Pf. für den Kopf
herangezogen worden und hat dadurch, wie ver-
rechnet, gegen 1 1/2 Millionen Mark mehr als
früher zu veranschlagen. Hiermit glaubte man
alles abgemacht zu haben, und man war darum
nicht wenig erstaunt, als neue Ansprüche, z. B.
für die im öffentlichen Interesse auf polizeiliche
Anordnung erfolgende Zwangsreinigung, an die
Städte, Breslau und, sowie wir wissen, auch
Stettin haben diese neuen Forderungen den
Rechtsweg bestritten und theilweise auch in den
Vorinstanzen ein obliegendes Erkenntnis er-
stritten. Die Nachsprache des Oberverwal-
tungsgerichts und des Reichsgerichts hat aber
jetzt den Grundlag festgelegt, daß in jener ersten
Entscheidung nur die unmittelbaren Kosten ent-
halten seien, die mittelbaren, d. h. die zur Aus-
führung polizeilicher Anordnungen erforderlichen
Kostenanwendungen aber außerdem vergütet
werden müssen. Für Berlin dürfte es sich bei
dieser neuen Forderung fast um 200 000 Mark
handeln.

— Das vorläufige Ergebnis der Volks-
zählung vom 2. Dezember 1895 wird für
Preußen in einer Sondernummer der „Stat.
stat.“ ausführlich veröffentlicht. Danach be-
trug die Bevölkerung der Monarchie 31 847 899
Personen gegen 29 957 367 im Jahre 1890.
Es hat hiernach in den letzten fünf Jahren
eine Zunahme um 1 890 532 Personen oder
6,31 v. H. stattgefunden. Im Einzelnen sei
bemerkt:

Die jährliche Zunahme des letzten Jahr-
hundert, die sich auf 1,23 v. H. berechnet läßt,
war stärker als in allen früheren Volkszählungs-
perioden seit 1867. In der Periode von 1880
bis 1885 betrug sie nur 0,75, in der von 1885
bis 1890 1,13 v. H. Seit 1867 hat die Ein-
wohnerzahl Preußens um 7 826 459 Personen
oder 32,58 v. H. (jährlich durchschnittlich 1,01
v. H.) zugenommen. Die einzelnen Provinzen
ordnen sich in folgender Reihe: Rheinprovinz
5 105 962 (1890 4 710 391) Einwohner; Schlesien
4 411 630 (4 224 458), Brandenburg 2 822 080
(2 541 720), Westfalen 2 700 250 (2 423 661),
Sachsen 2 699 207 (2 580 073), Hannover
2 422 174 (2 278 348), Ostpreußen
(1 958 663), Posen 1 828 120

(1 751 642), Hessen-Nassau 1 756 554 (1 664 439),
Stadtfreie Berlin 1 677 351 (1 578 794), Pom-
mern 1 574 020 (1 520 839), Westpreußen
1 493 866 (1 433 681), Schleswig-Holstein
1 286 330 (1 219 523) und Hohenzollern 65 121
(66 088). Brandenburg und Westfalen haben
hiernach die Provinz Sachsen an Bevölkerungs-
zahl überflügelt. Sämtliche Provinzen außer
Hohenzollern zeigen eine Bevölkerungszunahme,
die am beträchtlichsten war in der Rheinprovinz
mit 395 571 Einwohnern, in Brandenburg mit
280 360 und in Westfalen mit 271 589 Ein-
wohnern. Prozentual hatten Westfalen mit
11,18 und Brandenburg mit 11,03 v. H. die
größte Zunahme; dann folgten Rheinland mit
8,40, Hannover mit 6,31, Berlin mit 6,24,
Hessen-Nassau mit 5,53, Schleswig-Holstein mit
5,48, Sachsen mit 4,62, Schlesien mit 4,43,
Posen mit 4,37, Westpreußen mit 4,20, Pom-
mern mit 3,49 und Ostpreußen mit 2,38 v. H.
Zunahme. Ist schon aus diesen Zahlen für die
Provinzen ersichtlich, daß die Bevölkerung dort,
wo Handel und Industrie am erheblichsten sind,
am beträchtlichsten zugenommen hat, so zeigt sich
dies noch klarer, wenn man auf die Regierungs-
bezirke zurückgeht. Zwar hat noch in allen Re-
gierungsbezirken, außer Sigmaringen, die Be-
völkerung zugenommen; aber in den vorwiegend
ländlichen Bezirken war die Zunahme nur sehr
gering. In Schlesien zeigen sich die Gegenläufe
sehr deutlich: im Regierungsbezirk Sigmaringen
ist die Bevölkerung nur um 1,85 und im Re-
gierungsbezirk Breslau auch nur um 2,42 v. H.
gestiegen, dagegen im Regierungsbezirk Oppeln,
wo die Zuckerindustrie die den Ausschlag geben,
um 8,19 v. H. Bedeutende Unterschiede zeigen
sich in Pommern (Köslin 1,93, Stettin 4,83
v. H. Jun.), in Hannover (Dessau 4,27,
Dannover 11,10), auch im Rheinland (Koblenz
2,67, Düsseldorf 11,07 v. H.). Die größte ab-
solute Bevölkerungszunahme haben die Re-
gierungsbezirke Potsdam mit 247 898, Düssel-
dorf mit 218 347, Arnberg mit 177 059 und
Oppeln mit 129 191 Einwohnern. Bei der Fest-
stellung der relativen Zunahmen steht, eine Folge
des Wachstums der Berliner Vororte, ebenfalls
der Regierungsbezirk Potsdam oben mit 17,65
v. H. Zunahme; dann folgen Arnberg mit 13,19,
Dannover mit 11,10 und Düsseldorf mit 11,07
v. H. Zunahme.

— Zur Aufnahme einer Statistik der hypo-
thekarischen Verschuldung des ländlichen Grund-
besitzes haben die Finanzminister und der Finanz-
minister bezügliche Verfügungen erlassen. Die
entsprechende Verfügung, welche an die Regierun-
gen geht, lautet:

„Die Aufnahme der in der Verfügung vom
7. November 1892 bezeichneten Statistik der
hypothekarischen Verschuldung des ländlichen
Grundbesitzes soll nunmehr wiederholt werden,
am festzustellen, wie sich seit jener Zeit die Ver-
schuldung weiter entwickelt hat. Die Aufnahme
hat nach Maßgabe der anliegenden „Allgemeinen
Grundzüge“ zu erfolgen, die sich mit den frühe-
ren „Allgemeinen Grundzügen“ in Uebereinstimmung
befinden. In den Provinzen Schleswig-
Holstein, Hannover und Rhein, sowie im Re-
gierungsbezirk Kassel mußte wegen der damals noch
nicht vollständig oder noch gar nicht erfolgten
Anlegung der gerichtlichen Grundbücher oder
wegen des Mangels einer genügenden Verbin-
dung zwischen den Grundbüchern und den Steuer-
katastern die erste Aufnahme der Statistik ent-
weder auf wenige Amtsgerichtsbezirke und selbst
auf Theile von solchen beschränkt, oder es mußte
auf die Sondernach nach den in den „Allgemei-
nen Grundzügen“ vorgegebenen Bestimmungskriterien
verzichtet werden. Zur Ausfüllung dieser Lücken
sind jetzt auch in diesen Landesstellen die „All-
gemeinen Grundzüge“ für die in dem beigefügten
Verzeichnis namhaft gemachten, in vergrößerter
Anzahl ausgewählten Amtsgerichtsbezirke in vollem
Umfange auszuführen.“

Für die Ermittlung der Höhe der hypothe-
karischen Verschuldung des ländlichen Grund-
besitzes sind allgemeine Grundzüge aufgestellt,
welche Folgendes belegen:

„Für die Bezirke der in der Anlage ver-
zeichneten Amtsgerichte ist eine Statistik der Ver-
schuldung des ländlichen Grundbesitzes nach der
Höhe des Betrags und nach ihrem Verhältnis zum
Grundsteuer-Nettoertrag herzustellen. Aus-
geschlossen hiervon bleiben die städtischen Ge-
meindebezirke, sowie solche Gemeinde- und Guts-
bezirke des ländlichen Landes, in denen fälschlich
Weizen vorherrscht, oder sonst die Grundstücks-
verhältnisse durch andere Beziehungen als den Betrieb
der Landwirtschaft bedingt werden, insbesondere
Gärten, Kur-, Vergnügungs-, Fabriksorte, vor-
sichtige Dörfer und dergleichen mehr. Bei der
Aufstellung der Statistik sind folgende Bestim-
mungen zu unterscheiden: 1. Fideikommiss- und
Einkünftegüter; von den anderen Gütern; 2.
Befugnisse mit 143,50 Mark oder mehr jähr-
licher Prinzipalgrundsteuer (rund 500 Thaler
Grundsteuer-Nettoertrag), 3. Befugnisse mit 28,70
bis 143,50 Mark jährlicher Prinzipalgrundsteuer
(rund 100 bis 500 Thaler Grundsteuer-Netto-
ertrag), 4. Befugnisse mit 8,60 bis 28,70 Mark
jährlicher Prinzipalgrundsteuer (rund 30 bis 100
Thaler Grundsteuer-Nettoertrag), 5. Befugnisse
mit weniger als 8,60 Mark jährlicher Prinzipal-
grundsteuer (rund 30 Thaler Grundsteuer-Netto-
ertrag), 6. die zu Fabriken, Bergwerken und an-
deren nicht in Verbindung mit der Landwirtschaft
betrieblenen Anlagen gehörenden Befugnisse.“

In folgenden Amtsgerichtsbezirken soll die
hypothekarische Verschuldung des ländlichen Grund-
besitzes festgestellt werden:

Br. Holland, Nüssel, Angerburg, Gumbinnen,
Marienburg, Neustadt, Jarmow, Mewe, Jüterbog,
Königsberg, Rastow, Kalau, Lütow, Lützen,
Pr. Brandenburg, Zandow, Bergen,
a. M., Grimmen, Lissa, Briesen, Mogilno,
Wirk, Münsterberg, Neudorf, Freistadt, Rott-
burg, Jüterbog, Löt, Gardelegen, Calbe a. S.,
Görlitz, Liebenwerda, Weiskirchen, Schenken-
dorf, Wittenberg, Wittenberg, Wittenberg,
Haus a. d. Ohe, Ringen, Leer, Norden, Friburg,
Hünfeld, Diez, Badmar, Döckel a. M., Seifers,
Aßbach, Kanten, Mühlheim a. Rhein, Jülich und
Montjoie.

Bremen, 28. Februar. In einer heute
Abend abgehaltenen, außerordentlich zahlreich be-
suchten Versammlung der liberalen Vereine
Bremens referierte der Syndikus der Handels-
kammer Dr. Nebelhaus über den Margarinege-
setz. Schließlich nahm die Versammlung
einstimmig nachstehende Resolution an: „Die von

den liberalen Vereinen Bremens auf den 22. Fe-
bruar einberufene Versammlung bittet den hohen
Reichstag dringend um Ablehnung aller Bestim-
mungen des Gesetzesentwurfs betreffend den Ver-
kehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Er-
satzmitteln, die einen anderen Zweck verfolgen
als die Ausführung der Vorschriften des Ge-
setzes vom 12. Juli 1887 auf Margarine, Mar-
garinekäse und Kunstschmelz. Die neuen Para-
graphen 3, 4, 5, 6 und 8 des Entwurfs wollen
ohne Grund eine besonders erschwerende Behand-
lung der Personen herbeiführen, welche sich mit
der Herstellung und dem Vertrieb von Margarine,
Margarinekäse und Kunstschmelz befassen. Sind
schon dieser Unbilligkeit wegen jene Paragraphen
zu verwerfen, so rechtfertigt sich die Ablehnung
auch deshalb, weil die bereits geltenden Ge-
setze ausreichende Handhabung zur notwendigen Kon-
trolle des Nahrungsmittelmarktes bieten. Die
von der Kommission des hohen Reichstags zu
dem Verbot der Verwendung von Vollmilch und
Rahm bei Herstellung von Margarine, die Vor-
schrift, der Margarine und dem Margarine-
käse Benennungszusätze hinzuzufügen, das Färb-
verbot, das Verbot im Kleinhandel, Mar-
garine, Margarinekäse und Kunstschmelz an den
öffentlichen Verkaufsstellen wie Butir aufzubewahren, bezwecken offen-
bar nicht mehr die Wahrung von Tugend und
Glauben in diesen Verfehrszweigen, sondern
zielen auf Befreiung der Butter in der
Margarine angeblich entstandenen Konkurrenz
durch Vernichtung der Margarinefabrikation und
des Margarinehandels ab. An dem ungeschmä-
lerten Verkauf der Margarine haben alle die
weniger bemittelten und ganz besonders die der
Wohnbauern-Beförderung nachstehenden Kreise
unserer Bevölkerung das größte Interesse. Es
würde daher sehr ungerecht sein, ihnen den
Genuß und die Verwendung dieses gesunden
und werthvollen Nahrungsmittels zu verkümmern.“

Meinungen, 28. Februar. Dem Landtag
ist heute eine Vorlage über die Erbfolge-Ordnung
zugegangen. Aus derselben geht hervor, daß ein
Verzichtleistung des Prinzen Ernst bei seiner
Verheirathung mit Prinzessin Jenen nicht erfolgt
ist. Die Prinzessin Friedrich, geborene Gräfin
Wied, zur Lippe-Biesterfeld, wird als eben-
bürtig anerkannt, und ihren Söhnen wird das
Nachfolgerecht zugesprochen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Februar. Eine von dem Beam-
tenrathe einberufene streng vertrauliche Ver-
sammlung von Staatsbeamten behufs Besprechung
von Standesfragen ward, noch bevor sie begon-
nen, wegen ständiger antiseptischer Greise
aufgelöst. Hunderte von Staatsbeamten riefen:
„Nieder mit den Juden! Hoch Lueger!“ Die
Polizeitruppe mußte einschreiten. Vor dem
Versammlungsorte war die Polizei aufge-
stellt, in bisher in Wien noch nicht erlebter
Schaulust.

Peft, 28. Februar. Magnatenhaus. Prä-
sident Szalay widmet dem verstorbenen Erzherzog
Albrecht Savator einen warmen Nachruf. Das
Haus gab seinem Beileid protokollarisch Aus-
druck. Daraus wurden in die Deputationsliste
gewählt: Gallego, Margraf Eduard Pallavicini,
Graf Aurel Desjovffy, Anton Lufacs und der
Bischof Smrejsany.

Spanien und Portugal.

Die Königin-Regentin von Spanien unter-
zeichnete gestern das Dekret, durch welches die
Kortes aufgelöst und die bereits bekannten
Daten für die Neuwahlen festgelegt werden.

Nach antiken Mittheilungen aus Havanna
haben die Regierungstruppen die Aufständischen
in mehreren Zusammenstößen geschlagen.

Rußland.

Petersburg, 28. Februar. Im Wege-
kommunikations-Ministerium führte Herr S. S.
Erdmann den Ministern, Fürsten Giltow, Witt,
und anderen Anwesenden das Modell einer von
ihm erfundenen elektrischen Lokomotive vor. Die
Vorführung, welcher auch der Chef des General-
stabes, Drußinow, beizuwohnte, gelang durchaus,
so daß hier eine Fabrik zur Herstellung solcher
Lokomotiven erbaut werden soll.

Griechenland.

Athen, 28. Februar. Der offizielle Draht
bringt wieder schlimme Nachrichten aus Kreta.
In Folge der Morde in Selinos, wovon neuer-
dings berichtet wurde, sind 1600 Mann und drei
Geschütze von Kreta dort hin am 20. d. M. ab-
geschickt. Dieses große der Schlage keineswegs
entsprechende Truppenangebot konnte natürlich
die Lage nicht bessern und so wird heute be-
richtet, daß am 25. bei Selinos 40 christliche
Notabeln von diesen Truppen gefangen und zum
Theil mißhandelt worden sind. Die Klage der
Mißhandlungen ist vom Generalgouverneur un-
berücksichtigt geblieben. Man ist hier offenbar
der wahren Bezeichnung nahe, indem man die-
genige kretische Politik in Kreta als überlegt und
berausfordernd bezeichnet, und sie hat wahrlich
Aussicht auf Erfolg. Deswegen hat Karatheo-
dory seine Entlassung eingebracht, die allerdings
noch nicht angenommen ist. Abul Kerim
Pascha dürfte vermuthlich sein Nachfolger sein.
Die griechische Regierung hat ihre Vorstellungen
bei der Pforte wegen der Lage auf Kreta
erneuert.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 29. Februar. Im kleinen Saale
des evangelischen Vereinshauses veranstaltete
gestern der evangelische Missionsverein für
Deutsch-Afrika einen Vortragsabend,
für den Herr Missionar Wohlfahrt von der
Station Hohenfriedberg in Deutsch-Afrika als
Redner gewonnen worden war. Der Redner sprach
über „die Anfänge der Missionsarbeit in Deutsch-
Afrika“, und wies auf seine, auf reiche eigen-
gefragungen gestützten Darlegungen höchst inter-
essant zu gestalten. Der Ort, an welchem
der Vortragende seine Missionsarbeit be-
gann, liegt im Norden unserer afrika-
nischen Kolonie, im Ufumburagebirge, dessen
Klima als ein für den Europäer günstiges be-
zeichnet werden darf. Die Eingeborenen,
Dahamba genannt, sind Neger von dunkler
Färbung, ein Ackerbau und Viehzucht treiben-
der Stamm. An ihrer Spitze steht ein Häup-
ling, dem eine Anzahl Unterhäuptlinge gehorchen,

dem Häuptling, dessen Würde erblich ist, steht
ein Volksvertreter zur Seite. Das Gerichtswesen
ist auf das Beste geregelt, es besteht ein Gerichts-
hof mit Stadt- und Landrichtern und zur Ent-
scheidung größerer Rechtsfreigebheiten werden
Schöffen herangezogen. Die Dahamba be-
währen sich vor Gericht als außerordentlich
regegebante Leute. Die Religion des Volkes
beruht auf dem Amentismus, neben dem Geistes
der Amenten kennen sie jedoch zahlreiche Dämonen,
welche eher gefürchtet als verehrt sind. Wunder-
bar ist ihre Vorstellung von einem höchsten
Weesen, das sie als den „Bildner“ bezeichnen, in
ihrem Herzen eingebettet, gleichsam von einem
garten Schleier bedeckt, schimmert die Erkenntnis
eines allwissenden und allgegenwärtigen Gottes.

Redner ging nun dazu über, eingehend die
Missionsthätigkeit, welche er in Gesellschaft eines
zweiten Missionars, Namens Johannsen, seit
Beginn des Jahres 1891 unter den Dahamba
entfaltet, zu schildern. Das vermittelnde Element
bildeten dabei vorzugsweise die Kinder, deren em-
pfindliches Gemüth sich am leichtesten der frohen
Botschaft erschloß. Nach zweijähriger Wirk-
samkeit konnten die Missionare die erste Taufe voll-
ziehen und jetzt besteht in Hohenfriedberg bereits
eine Gemeinde von 40 Seelen. Zwei der Ge-
tauften haben sich bereits erboten, den Missio-
naren Gehilfen und selbst für die Verbreitung
des Wortes Gottes thätig sein zu wollen. Das
ist wohl der beste Beweis für die Fruchtbarkeit
des Bodens, auf den hier das Samenwort des
göttlichen Wortes gefallen ist. — Reicher Bei-
fall lohnte den Redner am Schlusse seines treff-
lichen Vortrages.

* Zwischen dem Magistrat unserer Stadt
und der königlichen Polizeidirektion schwelte seit
längerer Zeit ein Prozeß, der jetzt durch Ur-
theil des Obergerichts endgültig, und
zwar zu Ungunsten des Magistrats
entschieden worden ist. Unter dem 1. Dezember
1894 hatte der Polizeipräsident an den Magistrat
eine Verfügung erlassen, worin letzterer zur Be-
schaffung und Anbringung von Straßenkühn
für bestimmt angegebene Orte angefordert
wurde, widrigenfalls der Präsident sich genöthigt
sehen würde, die Beschaffung und Anbringung
auf Kosten der Stadt durch von ihm zu be-
auftragende Personen zu bewirken. Hiergegen erhob
der Magistrat Klage beim Bezirksausgah und
erzielte ein Erkenntnis des Obergerichts, daß die
Verfügung, soweit sie vom Magistrat die Be-
schaffung und Befestigung der Straßenkühn
als selbstthätige Handlung verlangt, aufgehoben
werde, soweit sie dagegen ihrem Sinne nach zugleich die
Deckung der entstehenden Kosten dem Magistrat
auferlegt, aufrecht zu erhalten sei. — Gegen die
Entscheidung legten sowohl Kläger wie Be-
klagter Berufung beim Obergerichtsgericht ein,
und das letztere fällte eine Entscheidung da-
hin, daß die Verfügung des Polizeipräsidenten
vom 1. Dezember 1894 in ihrem ganzen Um-
fange aufrechtzuerhalten sei.

* Die von den Thierchüvereinen vertre-
tenen Anhängen bringen in immer weitere
Streifen, das beweist u. a. die Thatsache, daß der
deutsche Thierchüverein z. B. 4442 Mitglieder
zählt. Auch der hiesige Thierchüverein
ein, welcher gestern unter Vorsitz des Herrn
Rector G. Schneider im Schiedsgerichtszimmer
der Börse seine Generalversammlung abhielt,
bildet, wie aus dem vorgelegten Jahresbericht er-
hell, auf eine gedeihliche Thätigkeit zurück.
Während des Jahres 1895 hatte der Verein
einen Zuwachs von 71 Mitgliedern zu verzeich-
nen, am Jahresabschluß zählte er deren 648. Mit
Genehmigung hebt der Bericht hervor, daß die
Zahl derjenigen Fälle, welche ein Vorgehen des
Vereins gegen Thierquälereien nöthig machten,
an verflochtenen Jahre geringer geworden ist.
Das Verzeichniß der behördlich festgestellten
Strafen weist 31 Fälle auf, in denen Thier-
quälereien mit Geldbußen von 6 bis 30 Mark
geahndet werden mußten. An den Drithilflichen
Verein wurde für Anlegung der Futterplätze eine
Beihilfe gewährt. Im Weihnacht kamen an
19 Säulen insgesamt 2500 Thierchüfalter der
zur Vertheilung. Am bedürftige Wesiger von
Gumbefuhrten wurden wieder während des
Winters Stotofboden unentgeltlich abgegeben,
außerdem vertheilte der Verein an Fußmeis-
schiger 21 Pferdebeden. In Grabow wurden
nach Mittheilung der dortigen Polizeiverwaltung
im Berichtsjahre 55 Pferde geschlachtet. An
besonderen Zuwendungen gingen 19 Mark als
Beihilfe ein, wofür den freundlichen Gehern
vor Dank des Vereins ausgedrückt wird. —
Die Jahresrechnung schließt in Einnahme und
Ausgabe mit 1177,54 Mark ab und verblich ein
Saldo von 143,88 Mark. In Ausgabe gestellt
i. u. a. eine Sparkasseneinlage von 400 Mark.
Dem Vorstand wurde die nachgefragte Entlastung
erteilt und wurden die nach dem Turnus
auscheidenden Herren Rector Schneider,
Rector Schaffke und Rector Schiffmann durch
Jury wiedergewählt. — Auf Antrag eines
Mitgliedes wurde beschlossen, den Magistrat zu
suchen, auf den Wochenmärkten eine Vude zu
errichten, in der das zu Markt gebrachte lebende
Geflügel geschlachtet werden kann. Die Händler
haben sich bereit erklärt, die Kosten einer solchen
Einrichtung zu tragen.

* In der Burscherstraße kam heute
Bormittag in Folge der Glatte ein älterer Mann
zu Fall und brach den rechten Oberarm. Der
Serietie begab sich zur Sanitätskassette, von wo
er nach Anlegung eines Nothverbandes in das
städtische Krankenhaus überführt wurde.

— Der bisher beim Bau des Kaiser Wil-
helm-Kanals beschäftigte Wasser-Bauinspektor
Lincauer zu Potsdam ist in die Wasser-
Bauinspektorstelle zu Straßburg versetzt.

— In der gestern abgehaltenen ordentlichen
General-Versammlung der Pommerischen
Hypothekens-Aktien-Bank wurde der
Abschluß der Jahre 1895 genehmigt, der Direktion und
dem Kuratorium Decharge erteilt und die sofort
zahlbare Dividende auf 6 1/2 Prozent festgelegt.
Daneben wurden dem außerordentlichen Reser-
vefonds 109 444 Mark und dem Beamten-Pensions-
und Unterhaltungs-fonds 110 000 Mark über-
wiesen. Die auscheidenden Mitglieder des
Kuratoriums wurden wiedergewählt. Die Bilanz
für 1895 befindet sich im Interatentheile der
nächsten Nummer unserer Zeitung.

— Der hiesige Verein für Radwet-
fahren hat seine diesjährigen Rennen termin-
wie folgt festgelegt: 19. April, 7. Juni, 7. August
und 6. September.

